

PRESSESCHAU
der CDU in Pankow
April 2026

Datum: 04/2026	Medium: Bucher Bote
Bucher Bote	Autor: Kristiane Spitz Thema: Johannes Kraft



Datum: 04/2026

Medium: Bucher Bote

Bucher Bote

Autor: Kristiane Spitz
Thema: Johannes Kraft

Hemmungslos nach vorn denken!



FOTO: KRISTIANE SPITZ

Zu einer kleinen Fragerunde mit Stefan Schaubes (r.) setzten sich (v. l.) Wahlkreisabgeordneter Johannes Kraft, Dr. Christoph Jung, Wahlkreisabgeordnete Bettina Jarrasch und die Bucherin Sophie Weber auf die Bühne im MDC.C.

Ein Masterplan von Buchern für Buch soll bis Juli 2026 erstellt werden

Es ist ein imposantes Vorhaben, was auf Bucher Tapet gebracht werden soll: Ein Masterplan von Buchern für Buch! Masterpläne hat es in den vergangenen Jahrzehnten schon einige gegeben – ein Schwerpunkt bezog sich u. a. auf die Nachnutzung der leergezogenen Krankenhausaareale –, doch noch nie ging die Initiative »vom Volke«, will sagen, von der Zivilgesellschaft an sich aus. Buch ist einer der 11 ausgewiesenen Zukunftsstandorte Berlins. Die Stichworte exzellente Forschung und Technologien für die Medizin der Zukunft, großes Wohnungsbau-Potentialgebiet von Berlin und grünes Tor zum Barnim umreißen die Bedeutung des Stadtteils. Doch die Zukunft von Buch soll nicht ohne seine Bewohnerinnen und Bewohner geschrieben werden, darin sind sich der Bucher Bürgerverein und den Vorsitzenden Steffen Lochow und zahlreiche Akteure des Ortsteils einig. Zu einem öffentlichen Treffen am 4. März im großen Saal des MDC.C auf Buchs Wissenschaftscampus waren dann auch knapp 100 Bucherinnen und Bucher geströmt, um ihre Ideen und Vorschläge für Buchs Zukunft einzubringen. »Wohnen, Arbeiten, Bildung, Kultur und Erholung – was braucht Buch, um ein lebenswerter Ort zu bleiben« war die erste Veranstaltung zum »Masterplan für Buch« überschrieben. Gleich vorweg: Einbringen können sich Interessierte mithilfe von Fragebögen, die u. a. im Bucher Bürgerhaus ausliegen und dort, ausgefüllt, auch wieder abgegeben werden können. Wer will, kann seine Ideen auch direkt an den Bürgerverein senden (info@bucher-buergerverein.de). Am Mittwoch, 1. 4., 17 Uhr findet in der Campus-Mensa ein erster Workshop zum Masterplan mit dem Masterplan-Team statt, bei dem bis zu 50 Bürger mitwirken können (Anmeld.: info@bucher-buergerverein.de) und bei dem es detaillierter zur Sache gehen soll.

Die Masterplan-Bürgerveranstaltung am 4. 3. wartete mit interessanten thematischen Verknüpfungen auf. So war Henning Wehmeyer, der (ehrenamtliche) Geschäftsführer der Expo 2035 Berlin GmbH vor Ort. Die Weltausstellung soll im Jahr 2035 nach Berlin geholt werden – und auch einen Ausstellungsplatz in Buch erhalten. Buch sei ein besonders geeigneter Ort, befand Wehmeyer. Buchs Masterplan passe genau ins Konzept der Expo für Berlin. Partizipative Bürgerbeteiligung wolle seine gemeinnützige Gesellschaft auch für ihr Weltprojekt erzielen. »Wir brauchen ein neues Zielbild für Berlin, eine neue Orientierung für die Zukunft.« Wie auch in Buch. Hier am Gesundheitsstandort seien es vor allem die Themen Gesundheit, Wohnen, Bauen, Leben und Infrastruktur der Zukunft. Unterschiedliche Stimmen, Ideen und Lösungen sollen sichtbar gemacht werden. Orientierungslosigkeit sei ein Problem der Gegenwart. Deshalb soll nicht die Regierung bestimmen, vielmehr ist das Ziel, eine Weltausstellung der Zivilgesellschaft auf die Beine zu stellen. Die Politik müsse noch überzeugt werden. 2035 könnten 190 Nationen in Berlin ihre Ideen in Pavillons präsentieren, visionierte der Expo-Chef. Man könne mit 30 Millionen Besuchern rechnen, die sich anschauen werden, wie wir, wie die Welt sich die Zukunft in der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts vorstellt. Auch Buch wäre ein dezentraler Anlaufpunkt. 2035 Projekte sollen in Berlin gezeigt werden, »1.000 Projekte haben wir schon: von Baden in der Spree, bis hin zu Repaircafés«, so Wehmeyer enthusiastisch. Das werde sich für die Hauptstadt – auch für Buch – nicht zuletzt auch finanziell auszahlen. Ende 2027 fällt die Entscheidung. Einen Impulsvortrag steuerte alsdann Dr. Christoph Jung bei, der ab 1950 in Buch aufgewachsen ist und jetzt in Karow lebt. Er fasste die Herausforderungen zusammen, die mit dem geplanten Wohnungsbau im derzeit ca. 17.000 Einwohner zählenden Buch heranwachsen werden: 2.700 WE im Stadtquartier Am Sandhaus, 1.000 WE in Buch Süd (Brunnengalerie/Panke-Quartier), 450 WE im Ludwig-Hoffmann-Quartier, 325 WE im Waldhaus-Gelände und 41 WE Am Stener Berg. Er forderte, Neubau nur auf bereits versiegelten Flächen umzusetzen, Bucher Wald nicht zur Bebauung zu nutzen und die Moorlinsen und Waldzungen besser zu schützen. Die Armutsquote in Buch sei hoch, es brauche mehr soziale Infrastruktur im Stadtteil. Auf eine bessere soziale Mischung sollte geachtet, Kinder- und Jugendprojekte besser geschützt werden. Auch die verkehrliche Anbindung sei instabil. Nötig sei, dass im Verkehrskonzept Pankow-NO alle Neubaugebiete im Pankower Norden und Barnim mitbetrachtet werden. Verkehrslösung vor Bebauung und Regionalbahn-Halt in Buch waren weitere Stichworte. Über 2030 hinaus wünschte er: »Buch bleibt der grüne Gesundheitsstandort Berlins – Forschung, Klinik, Ausbildung sowie verstärkt Entwicklung & Produktion von Medizinprodukten sind ausgebaut.« Ein echtes Ortszentrum soll es geben entlang der Wiltbergstr. bis zum neuen BIZ (mit Stadtebibliothek, Gläsernem Labor, Musikschule, VHS, Gastronomie mit Außenbereich). Stefan Schaubes wird das Masterplan-Team professionell unterstützen. »Mit der Idee, den Plan bis Mitte 2026 fertigzustellen, um ihn rechtzeitig vor der Berliner Wahl im September an Politik und Verwaltung zu übergeben.« Ihm zur Seite steht das Architekturteam seh. »Wir brauchen Ideen, Kritik und Anregungen der Bürger: Was können wir tun, um Buch besser werden zu lassen?« In der Diskussionsrunde sprachen Anwesende bereits einige sie bewegende Themen, Forderungen und Visionen an: Schutz der Natur in und um Buch, die schlechte Verkehrsanbindung, Wohnungsbau im ehem. Regierungskrankenhaus, Sichtachsen zur Kirche nicht zerstören, 10-min-Takt der S-Bahn, Regionalbahnhof und Polizeiwache für Buch, BIZ schnell bauen, ein wirkliches Ortszentrum schaffen mit Begegnungsorten, neue Wohnungen für Campus-Mitarbeiter, U-Bahnanschluss für Buch, eine weiterführende Schule, ortsübliches Bauen und mehr. Steffen Lochow vom Bucher Bürgerverein zitierte Brecht: »Wer nicht kämpft, hat schon verloren.« Allein zu meckern nütze nichts. »Wir wollen bürgerschaftliches Engagement in den Fokus rücken.« Probleme, die bereits bestehen, dürften sich künftig nicht vergrößern, im Gegenteil. »Wenn dieser Masterplan hohe zivilgesellschaftliche Akzeptanz erfährt, kommt auch die Landespolitik nicht daran vorbei«, ist er überzeugt. »Lassen Sie uns hemmungslos nach vorn denken«, appellierte auch Stefan Schaubes. Kristiane Spitz

Spenden Masterplan: Bucher Bürgerverein, IBAN: DE74 1005 0000 1953 2309 77, Verwendungszweck: Masterplan

Datum: 01.04.2026	Medium: Tagesspiegel
Tagesspiegel	Autor: nicht ausgewiesen Thema: Manuela Anders-Granitzki



T+ Update / Exklusiv / Riskante Engstelle in Berlin-Prenzlauer Berg Neue Fahrrad-Lösung am Müllhof – Bezirk bestätigt Baustart ohne Poller

An der Einfahrt des BSR-Hofs in Prenzlauer Berg soll ein Straßenumbau Radfahrer vor Gefahren schützen. Das Projekt kommt mit erheblicher Verspätung – und völlig anders als vor fünf Jahren geplant.

Lieber Leser, ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

Online-Quelle: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/bezirke/pankow/riskante-engstelle-in-berlin-prenzlauer-berg-neuer-mullhof-radweg--bezirk-bestatigt-baustart-in-veranderter-form-15405909.html>

Datum: 04.04.2026	Medium: Tagesspiegel
Tagesspiegel	Autor: Thomas Schubert Thema: Manuela Anders-Granitzki



T+ Toilettenfrust in Berliner Park Pleite-Café kann kein WC für Spaziergänger öffnen – wegen brütender Vögel

Die Misere um ein denkmalgeschütztes Parkcafé in Berlin-Pankow hält auch über Ostern an. Das Bezirksamt nennt neue Erklärungen für die Dauerschließung. Nicht einmal das Klo lässt sich öffnen.

Lieber Leser, ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

Online-Quelle: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/bezirke/pankow/toilettenfrust-in-berliner-park-pleite-cafe-kann-kein-wc-fur-spazierganger-offnen--wegen-brutender-vogel-15429089.html>

Datum: 06.04.2026	Medium: Tagesspiegel
TAGESSPIEGEL	Autoren: Alexander Fröhlich Thema: Dirk Stettner



Bundesratsinitiative gegen „Cash Only“ und Steuertricks Schwarz-Rot will Händlern und Gastronomen Kartenzahlung vorschreiben

Noch immer gibt es in Berlin Geschäfte und Lokale, in denen man nur bar zahlen kann.
Die Fraktionen von CDU und SPD wollen nun digitale Zahlungsmittel durchsetzen.

Die schwarz-rote Koalition in Berlin plant eine Bundesratsinitiative, damit Lokale und Geschäfte ihren Kunden nicht mehr „nur Barzahlung“ vorschreiben dürfen. Stattdessen soll es mit wenigen Ausnahmen künftig Pflicht werden, dass Kunden auch per Karte und digital bezahlen können. Das Ziel: mehr Service für Verbraucher, mehr Wettbewerb und die Bekämpfung von Trickserien und Steuerhinterziehung.

Auf ihrer Koalitionsklausur am 20. und 21. April im Berliner Umland wollen die Fraktionsvorstände von CDU und SPD die „Bundesratsinitiative Digitale Bezahlung“ anschieben. Nach Tagesspiegel-Informationen ist die Sache bereits mit Finanzsenator Stefan Evers (CDU) besprochen. Dessen Senatsverwaltung verspricht sich mehr Transparenz im Zahlungsverkehr. Die Koalitionsspitzen haben entsprechende Medienberichte bestätigt.

Druck auf den Bund machen

Mit der Initiative will die Berliner Koalition Druck auf den Bund machen. Dort haben Union und SPD im Koalitionsvertrag bereits vereinbart, dass es „echte Wahlfreiheit im Zahlungsverkehr“ geben, „grundsätzlich Bargeld und mindestens eine digitale Zahlungsoption schrittweise angeboten werden“ sollen. Doch geschehen ist bislang wenig.

Auf Bundesebene wird auch darauf verwiesen, dass in der Europäischen Union am sogenannten „Single Currency Package“ gearbeitet wird. Damit soll Europa angesichts der Verwerfungen im transatlantischen Verhältnis unabhängiger von US-amerikanischen Zahlungsanbietern wie Visa, Mastercard oder Paypal werden.

„Wir wollen eine höhere Kundenfreundlichkeit, mehr Steuereinnahmen – und alle belohnen, die sich auch bisher schon regelgerecht verhalten.“

CDU-Fraktionschef **Dirk Stettner**

Die Europäische Zentralbank und die Bundesbank setzen deshalb auf den digitalen Euro – doch der soll frühestens im Jahr 2029 kommen. Dann soll man Kontoguthaben als digitalen Euro im Handywallet speichern und damit an der Kasse bezahlen können. Bereits jetzt wird die Wero, die europäische Alternative zu Paypal, ausgerollt.

Die Koalition in Berlin will dennoch über die Länderkammer Druck auf den Bund machen, um das Bürgerliche Gesetzbuch oder die Gewerbeordnung anzupassen. „Wir wollen eine höhere Kundenfreundlichkeit, mehr Steuereinnahmen – und alle belohnen, die sich auch bisher schon regelgerecht verhalten“, sagte CDU-Fraktionschef **Dirk Stettner** dem Tagesspiegel am Montag. Bereits jetzt dürfen Händler keine Zusatzgebühren bei Karten- oder Handyzahlung verlangen. Einige fordern aber einen Mindestkaufbetrag, ab dem die Kartenzahlung möglich ist. Generell sind sie nicht verpflichtet, digitale Zahlungsmittel anzunehmen.

Ausnahmen von der Kartenpflicht

Einige Ausnahmen von der Kartenpflicht sollte es aus Sicht der Koalition aber geben: zum Beispiel, wenn es keine technische Infrastruktur gibt oder wenn Kleinstunternehmen Härtefälle anmelden. Mit der Vorschrift soll auch kein Anlass geliefert werden, Bargeld abzuschaffen oder einzuschränken, wie Stettner der „B.Z.“ sagte.

80.300

Bargeldbetriebe gibt es in Berlin.

Nach Schätzungen der Deutschen Steuergewerkschaft und des Bundesrechnungshofs entgehen der Staatskasse durch Steuerhinterziehung in bargeldintensiven Bereichen mehr als 15 Milliarden Euro pro Jahr. Hinzu kommen vorenthaltene Lohnsteuern und Sozialabgaben bei Schwarzarbeit.

Finanzämter kontrollieren die Bargeldkassen kaum

In Berlin gibt es 80.300 sogenannte Bargeldbetriebe, wie die Senatsfinanzverwaltung auf eine Anfrage des SPD-Abgeordneten Sebastian Schlüsselburg angab. Doch die Bargeldkassen werden von den Finanzämtern kaum kontrolliert. 2024 gab es nur bei 1,2 Prozent der Bargeldbetriebe eine sogenannte „Kassen-Nachschau“. Bedeutet: Fast 99 von 100 Berliner Bargeld-Läden werden nicht kontrolliert.

Der Zahlungsanbieter Mastercard kam bereits 2021 zum Ergebnis, dass 90 Prozent der Gastronomen Kartenzahlung akzeptieren. Die Branchenverbände dagegen beklagen zusätzliche Ausgaben für das Digitalangebot und Lücken bei der digitalen Versorgung, besonders in ländlichen Regionen.

Der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (Dehoga) lehnt eine gesetzliche Vorgabe als „staatlichen Zwang“ ab und warnt vor einem Eingriff in die unternehmerische Freiheit. Vor allem wirtschaftliche Gründe sprächen gegen eine Verpflichtung. Zusätzliche Kosten könnten insbesondere kleine Betriebe in einer margenschwachen Branche erheblich belasten. Gerade bei Kleinstbeträgen für Kaffee, Bier oder eine Kugel Eis stünden die anfallenden Gebühren in keinem angemessenen Verhältnis zu den Einnahmen.

Doch laut einer Umfrage von Mastercard erwarten 88 Prozent der Deutschen Kartenzahlung in Geschäften. 40 Prozent der Befragten haben demnach bereits ein Geschäft verlassen oder gemieden, wenn dort keine Kartenzahlung akzeptiert wurde.

Datum: 08.04.2026	Medium: Tagesspiegel
Tagesspiegel	Autor: Thomas Schubert Thema: Jörn Pasternack



T+ Olympia-Aus am höchsten Berg Berlins Mountainbike-Plan platzt wegen Wohnprojekt – ein anderer Gipfel ist jetzt Favorit

Ein kahler Berg im Norden Berlins schien perfekt als Standort für eine Olympia-Bewerbung. Doch ein anderes Projekt durchkreuzt den Plan. Jetzt kommt die Absage – und ein zweiter Berg rückt in den Blick.

Lieber Leser, ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

Online-Quelle: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/bezirke/pankow/olympia-aus-am-hochsten-berg-berlins-mountainbike-plan-platzt-wegen-wohnprojekt--ein-anderer-gipfel-ist-jetzt-favorit-15442770.html>

Datum: 09.04.2026	Medium: Tagesspiegel
Tagesspiegel	Autor: Thomas Schubert Thema: Jörn Pasternack / Manuela Anders-Granitzki



T+ Kurz vor Ostern kam die Räumung – doch Manni kehrte zurück Berliner Nachbarn scheitern mit dem Wunsch, einen Obdachlosen zu verbannen

Auf dem Helmholtzplatz in Prenzlauer Berg verteidigt ein Obdachloser sein Camp so hartnäckig, dass verärgerte Nachbarn strengere Maßnahmen verlangen. Das Bezirksamt steckt in einem Dilemma.

Lieber Leser, ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

Online-Quelle: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/bezirke/pankow/kurz-vor-ostern-kam-die-raumung--doch-manni-kehrte-zuruck-berliner-nachbarn-scheitern-mit-dem-wunsch-einen-obdachlosen-zu-verbannen-15448812.html>

Datum: 09.04.2026	Medium: Tagesspiegel
Tagesspiegel	Autor: Thomas Schubert Thema: Manuela Anders-Granitzki



T+ Alkohol-Schwarzmarkt boomt im Berliner Mauerpark Im Kampf gegen Bierverkäufer beschlagnahmen Kontrolleure Flaschen – und dann?

Seit Jahren floriert im Mauerpark das illegale Geschäft mit Alkohol.

Hier erklärt der Bezirk, warum er den Schwarzmarkt nicht stoppen kann – und was mit dem beschlagnahmten Bier geschieht.

Lieber Leser, ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

Online-Quelle: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/bezirke/pankow/alkohol-schwarzmarkt-boomt-im-berliner-mauerpark-im-kampf-gegen-bierverkaefer-beschlagnahmen-kontrolleure-flaschen--und-dann-15445245.html>

Datum: 11.04.2026	Medium: Tagesspiegel
Tagesspiegel	Autor: nicht ausgewiesen Thema: Jörn Pasternack



T+ Exklusiv / Nach schneller Offenlegung der Anmeldezahlen in Berlin Siebtklässler wollen ihre Wunschsulen nachträglich ändern

Pankow beklagt „erhebliche Mehrarbeit“ durch Änderungswünsche bei der Schulanmeldung – und kündigt an: Zahlen nicht mehr

Lieber Leser, ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

Online-Quelle: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/schule/nach-schneller-offenlegung-der-anmeldezahlen-in-berlin-siebtklassler-wollen-ihre-wunschsulen-nachtraglich-andern-15444058.html>

Datum: 11.04.2026	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner Morgenpost	Autor: nicht ausgewiesen Thema: Jörn Pasternack

Freie Plätze an Gymnasien: Wie die Bezirke künftig mit Wechselwünschen umgehen

Berlin. Änderungswünsche an Spitzen-Gymnasien sorgen für „Mehrarbeit“ bei der Schulplatzvergabe – der Bezirk Pankow zieht Konsequenzen.

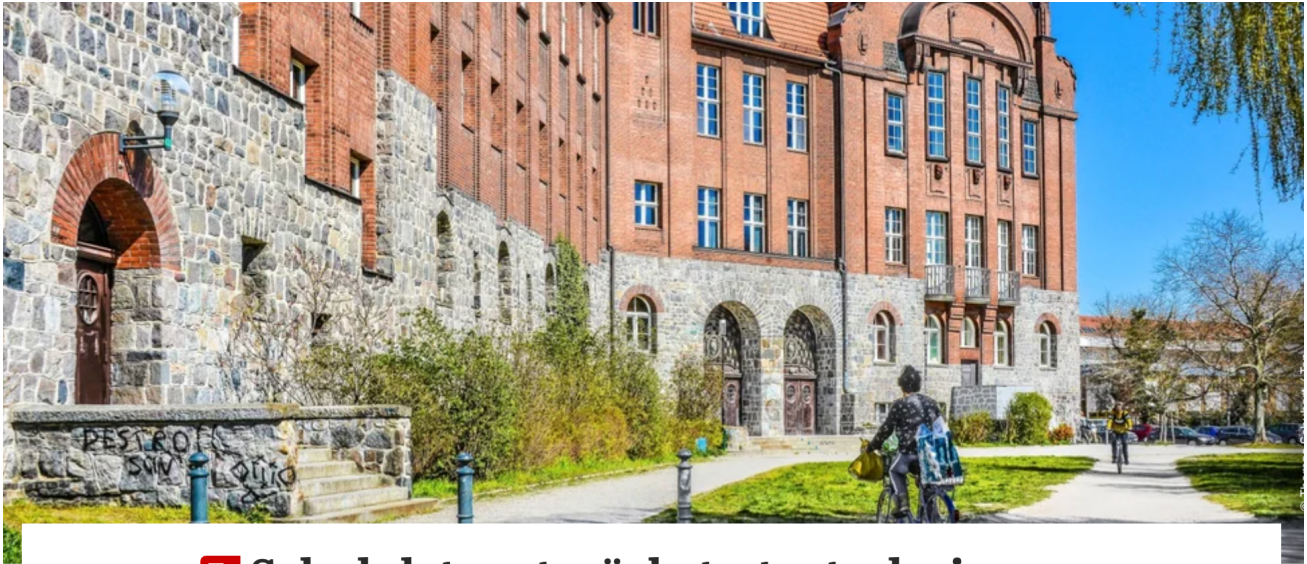
11.04.2026, 10:55 Uhr



Lieber Leser, ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

Online-Quelle: <https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article411686655/freie-plaetze-an-gymnasien-wie-die-bezirke-kuenftig-mit-wechselwuenschen-umgehen.html>

Datum: 16.04.2026	Medium: Tagesspiegel
Tagesspiegel	Autor: Thomas Schubert Thema: Jörn Pasternack



T+ Schulplatznot wächst – trotz drei neuer Gymnasien Einwohner-Boom in Berlin-Pankow führt zu kritischer Situation an Oberschulen

Lieber Leser, ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

Online-Quelle: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/bezirke/pankow/schulplatznot-wachst--trotz-drei-neuer-gymnasien-einwohner-boom-in-berlin-pankow-fuhrt-zu-kritischer-situation-an-oberschulen-15459908.html>

Datum: 18.04.2026	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autoren: Thema: Jörn Pasternack

Erschwertes Verfahren

Freie Plätze an Gymnasien: Änderungswünsche bei der Schulplatzvergabe sorgen für Mehrarbeit

Antonia Weber

Pankow. Pankow stoppt die vorzeitige Nennung der Erstwunschanmeldungen. „Das Bezirksamt Pankow wird künftig von einer Veröffentlichung der Anmeldezahlen absehen“, teilte das Büro von Bildungsstadtrat Jörn Pasternack (CDU) gegenüber dem „Tagesspiegel“ mit. Das Büro begründete den Schritt damit, dass „einige Eltern nach der Bekanntgabe der Erstwunschanmeldungen versucht haben, ihren Erst- oder Zweitwunsch nachträglich zu ändern“. Das habe laut Bezirksamt „das Verfahren der Schulplatzvergabe zusätzlich erschwert“ und zu „erheblicher Mehrarbeit“ geführt. Auf die Frage, ob Eltern ihre Wünsche tatsächlich ändern konnten, ließ Pasternack ausrichten, dass das Bezirksamt „angesichts des noch laufenden Verfahrens hierzu vorerst keine weitere Stellung nehmen wird“. Wie der „Tagesspiegel“ berichtete, gehörte Pankow zu den ersten Bezirken, die am 19. März die Auswertung der Erstwünsche



Erstwunsch, Zweitwunsch, Drittwunsch: Die Schulplatzvergabe ist ein kompliziertes Verfahren. Im Foto: das Kreuzberger Herman-Hesse-Gymnasium.

Maurizio Gambarini / FUNKE Foto Services

auf Anfrage genannt hatten. Familien sahen daraufhin, dass zuvor stark nachgefragte Schulen für 2026/27 überraschend Plätze frei hatten. Seitdem versuchen Eltern, ihre Angaben zu ändern.

Charlottenburg-Wilmersdorf hat in der BVV die Erstwünsche pro Schule genannt. Das Bezirksamt konnte in den Ferien nicht sagen, ob Eltern danach Änderungen versucht haben. Steglitz-Zehlendorf

hat die Zahlen ebenfalls offengelegt. „Auch bei uns gab es nachträgliche Änderungswünsche“, berichtet Bildungsstadträtin Malgorzata Sijbrandij (CDU) dem Tagesspiegel. Sie will nun das Verfahren abwarten und prüft, ob sie beim nächsten Mal auf eine vorfristige Veröffentlichung verzichtet. Friedrichshain-Kreuzberg meldet ein anderes Bild. Bildungsstadtrat Andy Hehmke (SPD) sag-

te der Zeitung, dass „niemand bisher bei uns versucht hat, seine Reihenfolge der Wünsche nachträglich zu verändern“. Er geht zudem davon aus, dass Familien damit „rechtlich nicht durchdringen werden“ und sieht keinen Grund, die Offenlegung infrage zu stellen. Viele Bezirke haben die frühe Veröffentlichung abgelehnt: Mitte, Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf, Neukölln, Reinickendorf, Spandau sowie Treptow-Köpenick. Tempelhof-Schöneberg hat einen Mittelweg gewählt: Der Bezirk nannte nicht die genauen Zahlen, aber die Schulen mit mehr Anmeldungen als Plätzen. Ob auch hier Wechselwünsche eingegangen sind, blieb offen. Die Bildungsverwaltung sieht in den Erstwunschanmeldungen „einen transparent gemachten Zwischenstand“. Sie verwies darauf, dass Zweit- und Drittwünsche noch fehlten und sich Kapazitäten durch zusätzliche Klassen noch ändern könnten. Verlässliche Angaben will die Verwaltung am Ende der Schulplatzvergabe nennen – am 10. Juni.

Datum: 18.04.2026	Medium: Hauptstadt Echo
HauptstadtEcho	Autor: Volker Neef Thema: Johannes Kraft

Mobilität für Alle: Berliner Verkehrspolitik zwischen Infrastruktur und Systemsteuerung

Veröffentlicht von  Volker Neef on  18. April 2026



Teil 1: Wege zu einer ideologiefreien Verkehrspolitik in Berlin

Bei einer Veranstaltung der Senioren-Union Berlin am 16. April im Konrad-Adenauer-Haus im Tiergarten diskutierten Vertreter aus Politik, Verwaltung, Verkehrsbetrieben und Fahrgastverband über die Zukunft der Mobilität in der Hauptstadt. Die Senioren-Union ist nah an der CDU angesiedelt. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie ideologische Konflikte überwunden und tragfähige Lösungen für eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur entwickelt werden können.



Arne Herz (Foto: Dr. Khalil Dindarian)

Rund 100 Teilnehmer folgten der Einladung der Senioren-Union der CDU Berlin zu einer Podiumsdiskussion über die Zukunft der Mobilität in der Hauptstadt. Ziel der Veranstaltung war es, zentrale Herausforderungen der Verkehrspolitik aus Sicht der älteren Generation zu beleuchten und praxisnahe Lösungsansätze zu diskutieren.

Vor dem Start der Veranstaltung schaute CDU-Generalsekretär Dr. Carsten Linnemann kurz im Saal vorbei und unterstrich die Bedeutung generationengerechter Mobilität.



Dr. Carsten Linnemann (Foto: Dr. Khalil Dindarian)

Bei der Podiumsdiskussion im Konrad-Adenauer-Haus der CDU diskutierten Johannes Kraft, verkehrspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Arne Herz, Staatssekretär für Mobilität und Verkehr, Stefan Demuth, Leiter Tarif- und Erlösmanagement der BVG, sowie Matthias Oomen, Pressesprecher und Vorstandsmitglied von PRO BAHN Berlin-Brandenburg, über die Zukunft der Mobilität in der Hauptstadt. Die Moderation übernahm Johannes Werner, Landesvorsitzender der Senioren-Union Berlin.



Johannes Werner (Foto: Dr. Khalil Dindarian)

Im Zentrum der Diskussion stand die Frage, wie sich Mobilität in einer wachsenden Metropole verlässlich organisieren lässt.

Einigkeit bestand darin, dass Verkehrspolitik künftig stärker als integriertes Gesamtsystem gedacht werden muss.

Individualverkehr, öffentlicher Nahverkehr, Rad- und Fußverkehr seien nicht isoliert zu betrachten, sondern Teil einer funktionierenden städtischen Infrastruktur.

Sanierungsbedarf prägt die Debatte

Breiten Raum nahm der Zustand der Infrastruktur ein. Viele Probleme im Berliner Verkehr sind nach Einschätzung der Diskutanten struktureller Natur. Unterschiedliche Zuständigkeiten zwischen Bezirken, Senatsverwaltung und Versorgungsunternehmen erschweren eine einheitliche Steuerung von Bauprojekten.

Besonders sichtbar wird dies an komplexen Verkehrsknoten wie dem Alexanderplatz, an denen sich Bauarbeiten verschiedener Akteure überlagern. Fehlende Gesamtkoordination habe in der Vergangenheit zu zusätzlichen Belastungen für Verkehrsteilnehmer geführt.

Staatssekretär Arne Herz verwies auf den erheblichen Investitionsbedarf in die bestehende Infrastruktur. Für die Instandsetzung von rund 175 Brücken werden in den kommenden 15 Jahren etwa 1,8 Milliarden Euro benötigt. Der Erhalt der vorhandenen Verkehrswege habe daher Priorität.

Digitale Steuerung soll Prozesse verbessern

Digitale Instrumente sollen künftig helfen, Planungs- und Genehmigungsprozesse besser zu koordinieren. Mit Hilfe eines sogenannten digitalen Zwillings lassen sich Verkehrsströme simulieren und Auswirkungen von Baustellen frühzeitig abschätzen.

Ziel ist eine bessere Abstimmung zwischen den beteiligten Akteuren sowie mehr Transparenz bei Infrastrukturmaßnahmen. Die Diskussion machte deutlich, dass funktionierende Mobilität nicht durch Einzelmaßnahmen entsteht, sondern durch koordinierte Planung und klare Verantwortlichkeiten.

Text/Foto: Dr. Khalil Dindarian

Online-Quelle: <https://hauptstadtecho.de/mobilitaet-fuer-alle-berliner-verkehrspolitik-zwischen-infrastruktur-und-systemsteuerung/>

Datum: 21.04.2026	Medium: Stern
	Autor: dpa Thema: Dirk Stettner

CDU und SPD einig beim Thema Mietenkataster

21. April 2026 • 20:31 Uhr



Die Vorsitzenden der CDU-Fraktion Dirk Stettner (l) und der SPD-Fraktion Raed Saleh (r) sind sich bei vielen Gesetzesvorhaben einig. (Archivbild) Foto

CDU und SPD wollen per Gesetz einiges für Berlins Mieter tun: Künftig soll es ein Mietenkataster und neue Regeln für möbliertes Wohnen geben. Keine Einigung gibt es beim Anwohnerparken.

[CDU](#) und SPD-Fraktion haben sich fünf Monate vor der Wahl zum Abgeordnetenhaus auf eine Reihe von Gesetzesvorhaben geeinigt, die noch verabschiedet werden sollen. Dabei

geht es unter anderem um besseren Mieterschutz, wie die beiden Fraktionsvorsitzenden **Dirk Stettner** (CDU) und Raed Saleh (SPD) in der RBB-"Abendschau" erläuterten.

Die hohen Mieten seien das Thema, das die Menschen am meisten beschäftige, sagte **Saleh** nach einer zweitägigen Klausurtagung der Fraktionsvorstände in Potsdam. "Davon hängt ab, ob jemand sagt: Ich kann mir das Leben in meiner eigenen Stadt nicht mehr leisten."

Die Regierungskoalition habe dazu ein großes Paket beschlossen, das deutschlandweit einmalig sei. "Wir führen ein Mietenkataster ein. Das heißt, dass man bei 2,2 Millionen Mietern prüft, wie hoch ist die Miete, wo sind Überteuermieten, wo gibt es Wucher", sagte Saleh.

Mietenkataster soll kein Bürokratiemonster sein

CDU-Fraktionschef **Stettner** ergänzte, das Ziel sei, Mietwucher zu bekämpfen. "Wir sind fest davon überzeugt, dass das sehr sehr wenige Vermieter sind, die es betrifft. Aber es gibt sie in der Stadt", betonte er. Das Mietenkataster müsse digital geführt werden, damit der Aufwand möglichst gering sei. "Wir schaffen kein Bürokratiemonster und wir haben einen rechtssicheren Weg gefunden dafür", ergänzte er mit Blick auf Kritik aus Datenschutzgründen.

Zum Gesetzespaket gehört auch besserer Schutz gegen überhöhte Mieten bei möbliertem Wohnen, die Ausweitung von Hausmeisterstellen bei landeseigenen Wohnungsunternehmen und die Möglichkeit, Gewerbeflächen leichter als bisher für den Wohnungsbau nutzen zu können.

Keine Einigung gab es beim Dauerstreitthema Anwohnerparken. Die **SPD** ist seit langem dafür, die Kosten für die Parkvignette deutlich anzuheben, die CDU nicht. Das Thema habe es gar nicht auf die Tagesordnung geschafft, sagte Saleh.

Stettner wiederholte die CDU-Position, man wolle darüber in Ruhe diskutieren. "Wir müssen zu einem sinnvollen technischen Konzept kommen, wie wir Parken und die Nutzung unserer Straßen vernünftig organisieren." Details zu den Ergebnissen der gemeinsamen Klausur wollen Stettner und Saleh am Mittwoch im Abgeordnetenhaus vorstellen.

Datum: 22.04.2026	Medium: Tagesspiegel
Tagesspiegel	Autor: Christian Hönicke Thema: Denise Bittner



T+ „Versorgungskultur und Wahlkampf auf Staatskosten“ Linker Bürgermeisterkandidat fällt bei Wahl in Berliner Bezirk deutlich durch

Jonas Teune sollte bis zur Wahl im Herbst die Nachfolge der ausgeschiedenen Pankower Stadträtin Krössin antreten. Doch die anderen Fraktionen lassen das Vorhaben spektakulär platzen.

Lieber Leser, ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/bezirke/pankow/versorgungskultur-und-wahlkampf-auf-staatskosten-linker-buergermeisterkandidat-faellt-bei-wahl-in-berliner-bezirk-krachend-durch-15512315.html>

Datum: 25.04.2026	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autoren: Thema: Johannes Kraft

Fußgängerüberwege schneller umsetzen

Pankow. Der Pankower CDU-Abgeordnete Johannes Kraft setzt sich für eine schnellere Umsetzung von Fußgängerüberwegen in Berlin ein. Gemeinsam mit der CDU-Fraktion hat er einen Antrag ins Abgeordnetenhaus eingebracht, der fordert, bereits verkehrsbehördlich angeordnete dauerhafte Fußgängerüberwege vorzeitig temporär zu errichten. Bislang vergingen häufig viele Monate oder sogar mehrere Jahre zwischen der Anordnung eines Fußgängerüberwegs und seiner baulichen Umsetzung, wie etwa bei den geplanten Zebrastreifen über die Blankenburger Chaussee/Ecke Beuthener Straße in Karow oder an der Blankenfelder Straße/Chartronstraße in Französisch Buchholz. Der Senat solle daher die notwendigen rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen schaffen, um solche Überwege übergangsweise bereits durch temporäre Lösungen umzusetzen. **my**

Datum: 25.04.2026	Medium: BZ
BZ	Autoren: Hildburg Bruns Thema: Lars Bocian

Lückenhafte Aufzeichnungen

Lässt sich die Vergewaltigung im Jugendklub nie aufklären?



Das Jugendzentrum Wutzkyallee wurde inzwischen geschlossen. Foto: Hildburg Bruns

Hildburg Bruns

Neukölln – Sie haben so viele Fragen. Und finden keine Antworten. Enttäuschte Gesichter von Abgeordneten nach der Akteneinsicht im Rathaus Neukölln. So lässt sich der Skandal um die mutmaßliche Vergewaltigung einer 16-jährigen Schülerin im Neuköllner Jugendzentrum Wutzkyallee nicht lückenlos aufklären!

Keine Fotos erlaubt, keine Kopien, die Seiten in dem für jeden identischen grauen Ordner nicht durchnummeriert. Und kein Fachmann

des Jugendamtes im Raum, der auf Nachfragen antworten könnte. Am Ende die nüchterne Bilanz: „Sehr dünn und sehr enttäuschend“, sagt **Lars Bocian** (56, CDU).

Was besprachen Stadträtin und Jugendamtsleiterin?

Vor allem fehlt den Politikern die Dokumentation von Mails und Gesprächen zwischen der politisch zuständigen Linke-Stadträtin Sarah Nagel (40) und ihrer von Mitarbeitern offenbar eingeweihten Jugendamtsleiterin.

Die ist schriftlich erst dokumentiert, nachdem B.Z. die sexuellen Gewalttaten, die mutmaßliche Vergewaltigung und weitere Übergriffe recherchierte und aufgedeckt hatte.



Die CDU-Abgeordneten (v.l.) Lisa Knack, Lilia Usik, Christopher Förster und **Lars Bocian** vor dem Rathaus Neukölln Foto: Hildburg Bruns

Der schlimme Verdacht von Beginn an und mittlerweile durch eine eidesstattliche Versicherung von Erzieherinnen aus einem Nachbarprojekt untermauert: Die Taten sollten verschwiegen werden, um die muslimischen und teilweise schon polizeibekannten Tatverdächtigen nicht noch weiter in Schwierigkeiten zu bringen.

Abwahantrag im Mai

Einen Missbilligungsantrag von SPD/Grünen hat die Linken-Stadträtin Mittwoch überstanden. Beim schärferen, im Mai noch anstehenden Abwahantrag der CDU wollen die beiden Parteien nach jetzigem Stand nicht mitziehen. Aber CDU-Fraktionschef Markus Oegel (62) sagt: „Die Gelbe Karte der Missbilligung reicht in diesem Fall nicht aus. Hier ist zwingend die Rote Karte der Abwahl notwendig.“

Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft laufen noch, das Jugendzentrum Wutzkyallee ist seit Wochen geschlossen. „Mich erschüttert, dass der betroffenen Familie bis heute offensichtlich keine Hilfe angeboten worden ist“, kritisiert Lilia Usik (36, CDU).

Man könne stattdessen den Akten entnehmen, wie der Schülerin zugesetzt wurde, bevor man ihr Glauben schenkte. „Muss ich NOCH mehr erzählen“, soll sie gesagt haben.

Datum: 27.04.2026	Medium: Berliner Zeitung
Berliner  Zeitung	Autoren: Carola Tunk Thema: Lars Bocian

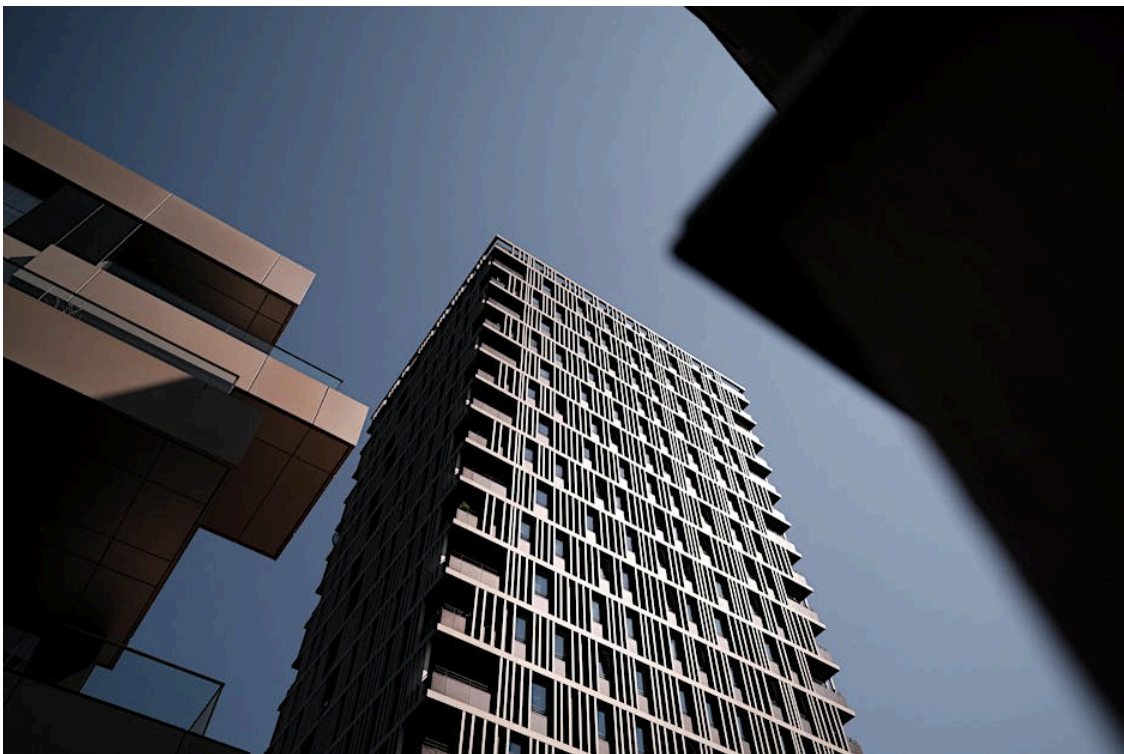
VERGEWALTIGUNGSVORWURF

E-Mail-Verkehr über Neuköllner Jugendclub: „Verdacht der Vertuschung erhärtet sich“

Lilia Usik, **Lars Bocian**, Sandra Khalatbari, Lisa Knack Roman Simon und Christopher Förster haben Akteneinsicht gefordert. Eine „herbe Enttäuschung“, sagen die Abgeordneten.

Carola Tunk

27.04.2026, 19:05 Uhr



Die mutmaßliche Vergewaltigung in Gropiusstadt sorgt weiterhin für Gesprächsstoff

Mehrere Berliner CDU-Abgeordnete legen Beschwerde beim Bezirksamt Neukölln ein. Die Politiker hatten Akteneinsicht gefordert – mutmaßliche sexuelle Übergriffe in der Wutzkyallee und anderen Jugendeinrichtungen betreffend.

„Die Akteneinsicht im Bezirksamt Neukölln war für uns Abgeordnete eine herbe Enttäuschung“, stellen die Abgeordneten Lilia Usik, **Lars Bocian**, Sandra Khalatbari, Lisa Knack, Roman Simon und Christopher Förster in einer Mitteilung fest.

Wurden die Täter „geschützt“?

Demnach hätten die angeforderten Akten nicht vorgelegen. Die Einsicht in die Kommunikation zwischen der BStR Nagel und der Jugendamtsleiterin sei verwehrt worden. Die vorgelegte, sehr dünne Akte bezog sich im Wesentlichen auf die Vorgänge nach der Presseöffentlichkeit des Falls in der Jugendfreizeiteinrichtung Wutzkyallee.

Die Berliner Zeitung, die ebenfalls einen, wenn auch mit zwei Stunden sehr kurzen Einblick in die Akte hatte, kann dies bestätigen. Kopien oder Fotografien durften nicht erstellt werden. „Auch weitere Dokumente, für die es in der Akte Hinweise gab, wurden auf Verlangen nicht ausgehändigt“, so die Abgeordneten.

Es sei der Eindruck entstanden, dass das verfassungsgemäße Recht gravierend beschnitten worden sei. Die CDU-Politiker weiter: „Aus Aussagen schließen wir, dass die Täter vor polizeilichen Ermittlungen und Stigmatisierung ‚geschützt‘ werden sollten.“

Die Abgeordneten fordern nun Einsicht in die vollständige Kommunikation zwischen der Jugendamtsleiterin und der Bezirksstadträtin Sarah Nagel (Linke) seit Januar 2025.

„Die vorgelegten Akten waren ein Affront für die Abgeordneten. Entscheidende Zeiträume und Kommunikation wurden vorenthalten. Der Eindruck einer Vertuschung hat sich eher erhärtet“, heißt es in dem Statement der Abgeordneten, die der Bezirksstadträtin mangelnde Transparenz vorwerfen.

Im Zentrum des Falls, in dem die Polizei ermittelt, steht der Vorwurf, dass eine 16-Jährige aus einer kurdischstämmigen Familie im November 2025 im Garten des Jugendclubs an der Wutzkyallee vergewaltigt worden sein soll. Später soll es im Gebäude zu weiteren Übergriffen gekommen sein. Bundesweite Aufmerksamkeit erregte der Fall nicht nur wegen der Schwere der Vorwürfe,

sondern auch wegen der Reaktion der beteiligten Stellen: des Jugendclubs, des benachbarten Mädchenzentrums RosaMinta, des Jugendamts und des Bezirksamts Neukölln.

Fest steht nach bisherigem Kenntnisstand: Die Familie des Mädchens erstattete am 23. Februar 2026 Anzeige. Zu diesem Zeitpunkt lagen den beteiligten Stellen offenbar bereits seit Wochen Hinweise und Schilderungen vor. Warum zwischen den ersten konkreten Gesprächen und der Anzeige so viel Zeit verstrich, gehört bis heute zu den offenen Fragen.